

# Verpflichtung des Instituts für Ökonomie der Energetik an der Fakultät für Ingenieurökonomie

In Auswertung der Materialien der 17. Tagung des Zentralkomitees und der Forderungen des Vorsitzenden des Staatsrates und 1. Sekretärs des ZK der SED, Genossen Walter Ulbricht, anlässlich seines Besuches an unserer Universität stellt sich das Institut für Ökonomie der Energetik zur Unterstützung der sozialistischen Praxis in Vorbereitung des VI. Parteitag folgende Aufgaben:

- Die Aufgaben der Energieversorgung müssen in den nächsten Jahren im wesentlichen mit den vorhandenen Arbeitskräften gelöst werden. Das bedingt eine entscheidende Senkung des Bedienungsfaktors der Energieversorgungsanlagen und die weitgehende Annäherung an das vergleichbare Weltniveau auf diesem Gebiet, um Arbeitskräfte für die Besetzung neuer Anlagen freizubekommen. Deshalb werden wir in Vertiefung unseres Freundschäftsvertrages mit dem VEB Energieversorgung Dresden im Kraftwerk Berzdorf die Ergebnisse unserer wissenschaftlichen Untersuchungen zur Analyse und Verbesserung des Bedienungsfaktors in den Grundlastkraftwerken der DDR gemeinsam mit dem Kollektiv der Kraftwerker durchsetzen, so daß das Kraftwerk Berzdorf durch Verbesserung der Arbeitsorganisation und technischer organisatorischer Maßnahmen zu einem Beispiel für alle Grundlastkraftwerke der DDR zur Erreichung eines minimalen Arbeitskräfteaufwands wird.
- Das Institut trägt durch kontinuierliche, zielgerichtete wissenschaft-

liche Untersuchungen im Heizkraftwerk Nossener Brücke, VEB Energieversorgung Dresden, zur Durchsetzung der ökonomischen Prinzipien und zur Erreichung des technisch-wissenschaftlichen Höchststandes im Kraftwerk bei. Dabei erstrecken sich diese Arbeiten sowohl auf die Projektierung als auch auf den Bau und die spätere Betriebsführung des Heizkraftwerkes. Insbesondere wird die Arbeit von uns durchgeführt für

- die optimale Gestaltung der Arbeitsorganisation mit dem Ziel, einen minimalen Aufwand an Arbeitskräften zu erreichen;
  - die Minimierung des Wärmeverbrauchs mit Hilfe der Durchsetzung der wissenschaftlichen Methoden der Lastverteilung.
- Das Kollektiv des Instituts wird bis 20. November 1962 auf der Grundlage der sozialistischen Leitungsprinzipien eine wissenschaftliche Begründung und Vorschläge für die Leitung des Volkswirtschaftsrates ausarbeiten mit der Zielsetzung, daß entsprechend der Vorrangigkeit der Energiewirtschaft eine termin- und qualitätsgerechte Erfüllung des Energieprogramms und die Anwendung der neuen Technik bei gegebenen Möglichkeiten in breiter Front mit optimalem Nutzeffekt gemäß den Beschlüssen der 17. Tagung des ZK der SED durch eine straffe, einheitliche und wissenschaftliche Leitung gesichert wird.
- Die Abteilung „Energieanwendung“ am Institut für Ökonomie der Energetik übernimmt die Aufgabe, die quantitative und qualitative Entwicklung des

Energiebedarfes des Industriezweiges „Verkehr, Post- und Fernmeldewesen“ bis 1970 auf Grund der ökonomisch notwendigen technischen Entwicklung in diesem Zweig federführend zu bearbeiten. Das Ziel der Arbeit besteht darin,

- eine Einsparung an Arbeitskräften und
  - eine Einsparung an Rohenergie zu erreichen.
- Zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit wird im VEB Kraftwerk Lübbenau bis Mai 1963 eine Arbeit über die optimale Gestaltung der Organisation der Bekohlung mit der Zielstellung der Einsparung von elektrischer Spitzenlast und Arbeitskräften durchgeführt.
- Mit dem Ziel des minimalen volkswirtschaftlichen Aufwandes wird bis Mai 1963 die Fahrweise des Industrie- kraftwerkes des VEB Kunstseidenwerk „Siegfried Rädler“ und dessen Zusammenarbeit mit dem Heizwerk Pirna einer wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen.

H.-J. Hildebrand,  
Prof. Dipl.-Ing. Dipl.-Wirtsch.

## Eine harte Nuß...

hatte die Gewerkschaftsgruppe 13 (Institut für Röntgenkunde und Metallphysik der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät zu knacken. Es begann mit ernsthaften Überlegungen und Auseinandersetzungen über den Plan 1963, bis man sich einig war: Jawohl, auch wir müssen etwas tun, um echte Einsparungen zu erzielen. Der Institutsdirektor, Herr Professor Dr. phil. habil. Schulze, und seine verantwortlichen Mitarbeiter erarbeiteten exakte Vorschläge. Das Ergebnis gab der FGL-Vorsitzende, Kollege Dr. Kleinstück, auf der letzten Vertrauensleutevollversammlung bekannt. In erster Linie ging es darum, auf die Anschaffung einer zweiten Hochfrequenzschmelzeinrichtung zu verzichten und dafür am bereits vorhandenen Gerät in zwei Schichten zu arbeiten. Die eingesparte Summe beträgt hier etwa 20.000 DM. Begeistert und mit großem Beifall nahm die Vollversammlung diese Verpflichtung auf, darüber hinaus wurde sie auf der Parteikomiteeversammlung als ein Beitrag zur Vorbereitung des VI. Parteitag der SED gewürdigt. Die Kollegen des Instituts für Röntgenkunde und Metallphysik konnten stolz sein. Dann geschah etwas Unvorhergesehenes: Die Vermögensverwaltung teilte der Institutsleitung mit, daß die beantragte zweite Hochfrequenzschmelzeinrichtung aus den Beständen der ehemaligen Fakultät für Kerntechnik freigegeben wird. Es lag sehr nahe - fast war man sich schon einig darüber -, unter diesen Umständen auf die Umstellung auf Zweischichtenbetrieb zu verzichten, wenn es doch auch so geht. Die gute Verpflichtung schien ins Wasser zu fallen. Aber sie fiel nicht! Dank des hohen Bewußtseins der Gewerkschaftsfunktionäre und aller betreffenden Kollegen kam es zu folgendem Ergebnis: Wir stehen zu unserer Verpflichtung und verzichten auf die frei gewordene Anlage, erwarten aber von der Vermögensverwaltung, diese nur dort einzusetzen, wo sie unbedingt gebraucht wird! Bleibt nur eins: Den Kollegen des Instituts für Röntgenkunde und Metallphysik zu danken für ihre wahrhaft sozialistische Tat. Becker

## Erklärung der Mitarbeiter des Instituts für Elasto- und Plastomechanik der Technischen Universität Dresden

Das Institut für Elasto- und Plastomechanik veranstaltete mit Mitarbeitern der Industrie und anderer Institute, insbesondere den Absolventen des Institutes, eine Arbeitstagung mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit der Industrie weiter zu verbessern. Das Leitmotiv dieser Arbeitstagung waren die von den letzten Plenartagungen des ZK der SED gestellten Aufgaben:

- Die Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Institute mit den Betrieben ist so zu organisieren, daß wissenschaftlich-technische Erkenntnisse in kürzester Zeit zu einem maximalen ökonomischen Nutzeffekt führen.
  - Die Ausbildung der Studenten ist wesentlich besser als bisher den Belangen der sozialistischen Industrie anzupassen.
- In Auswertung dieser Arbeitstagung legten die Mitarbeiter unseres Institutes ihren Standpunkt zu den Formen der Ausbildung der Studenten und der Zusammenarbeit mit den Betrieben und anderen Instituten dar und vereinbarten ein Programm zur Vorbereitung des VI. Parteitag der SED. Es entspricht wesentlich besser den Einsatzbedingungen der Absolventen, wenn die Ausbildung unserer Studenten nach ihren künftigen Tätigkeitsmerkmalen - Produktionsingenieur, Entwicklungsingenieur und Forschungsingenieur - erfolgt und nicht wie bisher lediglich nach einer meist übertriebenen Fachspezialisierung.
- Die rasche Entwicklung der Technik und das Ringen um den technischen Höchststand in der Produktion verlangen eine erweiterte und vertiefte Grundlagenbildung der Studenten.
- Damit unsere Studenten bei ihrem künftigen Einsatz die oft komplizierten Probleme und Schwierigkeiten in der Industrie besser meistern können, muß ihre Ausbildung praxisverbundener als bisher erfolgen. Ein kombiniertes

Direkt- und Fernstudium, das die theoretische Ausbildung an der Universität mit der praktischen Tätigkeit im Betrieb verbindet, ist deshalb am besten geeignet, dieser Forderung gerecht zu werden.

Auf unserer Arbeitstagung wurde zum Ausdruck gebracht, daß infolge der besseren Werkstoffausnutzung in der modernen Technik die Betriebsfestigkeit eine ausschlaggebende Bedeutung gewonnen hat. Führende Vertreter der Praxis haben darauf hingewiesen, daß 70 bis 80 Prozent aller Festigkeitsprobleme die Betriebsfestigkeit betreffen. Daher ist es notwendig, in den Studienplänen das Fach „Betriebsfestigkeit“ zu berücksichtigen.

In der Absicht, auch unseren Beitrag zur Vorbereitung des VI. Parteitag der SED zu leisten, stellen wir uns folgende Aufgaben:

- Wir werden die Anregungen, die wir auf unserer Arbeitstagung bekamen, so verwerten und unsere Verbindung mit der Industrie in der Hinsicht weiter ausbauen, daß unsere Studenten so schnell wie möglich in den theoretischen und experimentellen Übungen und vor allem bei den Großen Belegen und Diplomarbeiten Aufgaben von praktischem Nutzen bearbeiten können. Dabei sind wir in der Lage, die Erfahrungen zu nutzen, die wir bei der Bearbeitung von Industriethemen in Großen Belegen und Diplomarbeiten gewonnen haben. Die besten Ergebnisse wurden erzielt, wenn die Diplomarbeiten in den Betrieben angefertigt wurden.
- Wir werden die Tätigkeit unseres Institutes durch die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Industriebetrieben und Instituten auf volkswirtschaftlich wichtige Aufgaben orientieren. Ein guter Anfang wurde bereits bei der gemeinsamen Zusammenarbeit des Insti-

tutes für Landmaschinentechnik und unseres Institutes mit dem VEB Erntebegregungs- und Fortschritt sowie bei der Zusammenarbeit mit dem VEB Waggonbau Görlitz gemacht. Für den letztgenannten Betrieb führten Mitarbeiter unseres Institutes wichtige dynamische Spannungsmessungen an einem Drehgestell eines RIC-Schlafwagens - einem Exporterzeugnis - durch. Wir greifen das Anliegen der Kollegen vom VEB Waggonbau Görlitz auf und werden für diesen Betrieb weitere Untersuchungen anstellen.

Von einer bisher guten Ausnutzung unserer Versuchshalle für Industrienaufträge werden wir zu einer planmäßigen Ausnutzung der Versuchseinrichtungen übergehen. Dadurch soll ein Teil der für unser Institut notwendigen Mittel ausgeglichen werden.

Angeregt durch die Aussprachen auf unserer Arbeitstagung wollen wir in Zukunft den Informationsaustausch zwischen den Absolventen und unserem Institut verstärken. Wir werden die nächste Arbeitstagung für das kommende Jahr vorbereiten.

Zu den an unserem Institut regelmäßig gehaltenen Spezialvorträgen werden wir in Zukunft nicht nur wie bisher unsere wissenschaftlichen Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter, sondern auch Vertreter der einschlägigen Industriebetriebe und -Institute hinzuziehen, um neue wissenschaftliche Erkenntnisse gegenseitig auszutauschen.

Nach der Devise der Büromaschinenwerker von Sommerda: „An das Morgen denken heißt, heute durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit den wissenschaftlich-technischen Höchststand erreichen und bestimmen“ werden wir uns auch künftig Gedanken machen, wie wir noch besser zur weiteren ökonomischen Stärkung unserer Republik beitragen.

## Aus der Entschließung der wissenschaftlich-ökonomischen Konferenz der Hauptfachrichtung Geodäsie und Kartographie

### Ausbildung der Studenten

Die Mitarbeiter aller Lehrstühle der Hauptfachrichtung Geodäsie und Kartographie werden weiterhin durch regelmäßige Kontrolle der Leistungen, der Einhaltung der Beleg- und Prüfungstermine und durch Überzeugungsarbeit unter den Studenten zu einem termingerechten Abschluß des Studiums beitragen und Studienzeitüberschreitungen verhindern. Für die Organisation innerhalb der Hauptfachrichtung sind hierfür die Prüfungskommission und die Kommission zur Verbesserung der Studienleistungen in Verbindung mit den Betreuerassistenten des Absolventensemesters verantwortlich, die ihre Ermittlungen und Vorschläge der Professorenberatung vorlegen.

Um den beträchtlichen Anteil der Abgänge vor Studienabschluß zu verringern und damit unnötige Ausgaben von Mitteln und überflüssige Belastungen verschiedenster Art einzuschränken, fordert die Konferenz, bei der Immatrikulation die den neuen Studienplan zugrunde liegenden Prinzipien einzuhalten. Demnach sind nur Abiturienten mit Facharbeiterzeugnis oder ähnlicher praktischer Fachvorbildung aufzunehmen, die gute Leistungen in den naturwissenschaftlichen Fächern aufweisen und von ihren Dienststellen gut beurteilt werden.

Um die zur Zeit von Jahr zu Jahr schlechter werdenden Durchschnittsleistungen in den unteren Semestern zu verbessern, werden die Leistungen der Studenten regelmäßig durch die Betreuerassistenten mit den betreffenden Fachassistenten diskutiert und von der an der Hauptfachrichtung bestehenden Prüfungskommission und der Kommission zur Förderung der Studienleistungen kontrolliert.

### Forschung

Die innerhalb der Hauptfachrichtung bearbeiteten Forschungsthemen sind sämtlich im Zentralen Arbeitskreis abgestimmt. Es wird empfohlen, auch die Dringlichkeitsstufe bereits im ZAK festzulegen. Er-

forderlich ist, die Themen schärfer zu kalkulieren und bei Übergabe von Unteraufgaben an Dritte sich durch Verträge rückzuversichern.

Für die Themen sind Terminpläne aufzustellen, um deren termingerechten Abschluß zu gewährleisten.

Die derzeit geltenden Richtlinien für Forschungsprämien werden von der Konferenz als unbefriedigend und dem gegenwärtigen Entwicklungsstand widersprechend angesehen.

### Haushaltsmittel, Honorare

Die Konferenz empfiehlt, in allen Fakultäten über die Veränderung der Honorare für Doktorprüfungen, für Anleitung, Durchsicht und Bewertung von Diplomarbeiten und für alle anderen Prüfungen zu diskutieren, damit von der Universitätsleitung ein für die ganze Universität gültiger Beschluß darüber gefaßt werden kann. Die Professoren und Dozenten der Hauptfachrichtung Geodäsie und Kartographie sind bereit, auf die genannten Vergütungen zu verzichten. Sie weisen aber darauf hin, daß für Institute, an denen alljährlich hohe Zahlen an Prüflingen und Diplomanden zu verzeichnen sind, eine Mehrleistungsvergütung möglich sein sollte.

Es wird empfohlen, durch die Universitätsleitung eine Kommission zu bilden, die Vorschläge für eine Neuregelung der Mehrleistungsvergütung ausarbeitet, die als Diskussionsgrundlage in den Fakultäten dient. Es sollten darin nicht nur wie bisher Mehrleistungen für Vorlesungen und Übungen, sondern auch die durch hohe Studentenzahlen entstehenden übermäßigen Belastungen durch Diplomarbeiten, Große Belege, Prüfungen und besonders auch durch das Fernstudium enthalten sein. Die auf Grund der Diskussion verbesserten Vorschläge sind vom Senat zu bestätigen und dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen zur Vorbereitung einer Regelung für alle Universitäten und Hochschulen zuzuleiten.

Am 17. Oktober 1962 fanden sich Professoren, Assistenten, Mitarbeiter und Angestellte der Hauptfachrichtung Geodäsie und Kartographie erstmalig zu einer wissenschaftlich-ökonomischen Konferenz zusammen, mit deren Verlauf und Ergebnis alle Anwesenden sehr zufrieden waren. Die seit einigen Wochen vom Gewerkschaftsaktiv der HFR organisierte und von neun Arbeitsgruppen vorbereitete Konferenz (siehe „UZ“ Nr.

20/1962, Seite 2) erhielt nach dem 17. Plenum des ZK der SED eine besondere Bedeutung. Wie aus der grundlegenden Einleitung des APO-Sekretärs, Genossen Doberentz, hervorging, war diese Konferenz gewissermaßen eine erste Auswertung dieser Tagung, die konkrete Schlußfolgerungen für den eigenen Bereich zog.

Trotz sechsstündiger Dauer arbeiteten alle Teilnehmer bis zum Abschluß interessiert mit. Über Erwartung gut war die Tätigkeit der einzelnen Arbeitsgruppen (zu je etwa drei Kollegen), die auf Grund ihrer Untersuchungen zu den einzelnen Komplexen in etwa je zehn Minuten eine Analyse des vorhandenen Standes gaben und daraus die in der Folge diskutierten Empfehlungen für die Entschließung ableiteten. Als äußerst vorteilhaft erwies sich dabei, daß wie nie bisher eine Vielzahl von Angehörigen der HFR unmittelbar an der Vor-

bereitung der Konferenz mitgewirkt hatte. Besonders hervorzuheben aber ist, daß diese Konferenz nicht auf eine Anordnung „von oben“ hin durchgeführt, sondern aus der Erkenntnis ihrer Notwendigkeit von den Kollegen der HFR selbst vorgeschlagen wurde.

Zu dem Komplex „Ausbildung der Studenten“ hatte eine Arbeitsgruppe den Zeitpunkt des Abschlusses und vorzeitiger Abgänge sowie deren Ursachen für die letzten zehn Jahre zahlenmäßig untersucht. Von den in dieser Zeit immatrikulierten Studenten schlossen 62 Prozent rechtzeitig ab, während 16 Prozent bis zu zweieinhalb Semestern länger studierten. Während das Problem der Studienüberschreitungen durch die seit geraumer Zeit wirksamen Maßnahmen gelöst ist, bereiten die weiterhin vorhandenen etwa 20 Prozent vorzeitigen Abgänge (davon über die Hälfte wegen fachlicher Schwierigkeiten, insbesondere wegen Nichterreichens des Vordiploms) Sorge und unnötige Ausgaben. Hierzu wurden Maßnahmen beraten, als wichtigste Voraussetzung zur Verminderung vorzeitiger Abgänge aber die bessere Auswahl bei der Immatrikulation erachtet.

Die zu dem Komplex „Einsatz der Assistenten u. a. m.“ Bemerkenswert ist, daß 50 Prozent auf die Frage, ob sie bei Kenntnis der Verhältnisse noch einmal als Assistent beginnen würden, mit „nein“ antworteten. Ursache hierfür ist die derzeit unbefriedigende und gegenüber früheren Semesterkollegen nachteilige Tätigkeit nach Abschluß der Assistentenzeit. Es kam sogar der Fall vor, daß ein Assistent seine folgende

Arbeitsstelle mangels anderer Möglichkeiten an Hand des Telefonbuches suchte. Dieser Zustand soll durch die empfohlenen Maßnahmen beseitigt werden.

Nach dem Bericht der Arbeitsgruppe für Forschung wäre es zweckmäßig gewesen zu klären, ob und wie die im letzten Jahrzehnt aufgewendeten Mittel im richtigen Verhältnis zu den in die Praxis eingeführten Ergebnissen stehen. Da das jedoch nur nach eingehender Überprüfung in Verbindung mit der Praxis möglich ist, konnte die Frage hier nicht beantwortet werden.

Der Arbeitsgruppe für Honorare lag bereits ein Vorschlag der Professorenberatung vor, daß alle Professoren und Dozenten auf Honorare für Prüfungen, Doktorprüfungen und Diplomarbeiten verzichten und deren Durchführung bzw. Durchsicht als Dienstaufgabe betrachten sollten. Die Professoren und Dozenten der HFR haben ihre Bereitschaft hierzu erklärt.

Nach reger Diskussion über diese wie auch über die von den anderen Arbeitsgruppen gegebenen Berichte nahm die Konferenz einstimmig die von der Redaktionskommission vorgeschlagene Entschließung an. Gewiß konnten verschiedene Punkte keiner endgültigen Lösung zugeführt werden oder hätten eine noch konkretere Formulierung bzw. detailliertere Vorschläge ergeben können.

Trotzdem kann die Entschließung als Gradmesser des durch die Entwicklung der DDR gewachsenen Bewußtseins der in der HFR Tätigen gewertet werden. Erfreulich ist zu erkennen, daß alle ehrlich bemüht waren, eine saubere moralische Haltung durchzusetzen und bei sparsamstem Verbrauch von Mitteln Lehre und Forschung weiter zu verbessern.

Demnach, Lehrstuhl für Landvermessung

## Aufwand und Ertrag gegenüberstellen

Als Ergebnis der Beratungen in der Gewerkschaftsgruppe des Instituts für Grundbau und Baugrundmechanik über die für 1963 vorgeschlagenen Haushaltsmittel wurden Einsparungen an geplanten Gerätebeschaffungen und Zeitschriftenbestellungen sowie die Abgabe einiger Geräte aus dem Bestand des Instituts beschlossen. Da wir gefragt wurden, wie wir diesen Beschluß vorbereiteten, will ich dazu einige Erläuterungen geben.

Wenn man gewöhnt ist, immer Aufwand und Ertrag gegenüberzustellen, konnte man im Bereich der TU immer wieder beobachten, daß bei der Beantragung und der Verwendung der Haushaltsmittel eine ziemliche Großzügigkeit, oft sogar eine gewisse Gedankenlosigkeit herrschte. Um diesen Zustand zu verändern, muß bei jedem Mitarbeiter die Überzeugung geweckt werden, daß er die Ausgaben von Institutsmitteln genauso sorgfältig überlegt, wie er es mit seinem eigenen Geld tun muß. Ich hielt es daher für angebracht, mich in die Vorbereitung und Durchführung der

Plandiskussion mit Nachdruck einzuschalten. Da alle Mitarbeiter mithelfen und sich Gedanken machen, war das Ergebnis der allgemeinen Beratung recht erfreulich.

Auf die Beschaffung eines Dekameters und eines Flammenphotometers im Gesamtwert von 4.100 DM wurde verzichtet, weil die Mitbenutzung dieser im Institut für Boden- und Wasserwirtschaft vorhandenen Geräte vereinbart werden konnte. Die bisher bezogenen Zeitschriften wurden daraufhin überprüft, wie groß die Anzahl und von welcher Bedeutung die aus ihnen dokumentierten Beiträge waren. Zeitschriften, die sich in den letzten Jahren als für uns unergiebig gezeigt hatten, wurden abbestellt.

Bei den Apparaten und Instrumenten des Instituts haben wir überlegt, welche in absehbarer Zeit nicht benötigt werden und vielleicht in einem anderen Institut fehlen. Dabei gilt es, gewisse Hemmungen zu überwinden, weil man sich von manchen Dingen nicht trennen trennt in der Meinung, daß man sie doch noch einmal gebrauchen könnte. Sicher stehen aber in vielen Instituten Geräte herum, die für inzwischen abgeschlos-

sene Arbeiten eingesetzt waren, für die aber jetzt und in nächster Zukunft keine Verwendung besteht. Es kommt auch vor, daß ein Gerät angeschafft wird und sich für den gedachten Zweck nicht als brauchbar erweist. Dann scheut man sich leicht, dieses Gerät freizumelden, weil man den Vorwurf vermeiden will, einen Fehler bei der Auswahl und Bestellung gemacht zu haben. Zum Beispiel konnten wir durch Abgabe einer Prüfmaschine für Druck, Zug und Biegezug an das Laboratorium für Stadtbaugesundheits- und Straßenbau und von fünf Wagenhebern an die Fahrbereitschaft diesen Stellen helfen, wesentliche Geldmittel zu sparen und lange Lieferzeiten zu umgehen.

Es wird notwendig sein, ähnliche Überprüfungen von Zeit zu Zeit nicht nur bei den Beratungen des neuen Planjahres durchzuführen. Dann wird es möglich sein, die zur Verfügung stehenden Mittel mit dem größten Nutzen zu verwenden und die Aufgaben des Instituts ohne Beeinträchtigung durch Kürzung der Haushaltsmittel durchzuführen.

Prof. Dipl.-Ing. Kinze,  
Direktor des Instituts für Grundbau und Baugrundmechanik